

## Auf die Straße am 7. Juni!

### Bundesweite Demo für ein gebührenfreies Studium in Köln: Auftaktkundgebung um 13 Uhr am Neumarkt

**Nach der erfolgreichen Unterschriftenaktion "Für ein gebührenfreies Studium" wird das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS), an dem auch die Alternative Liste beteiligt ist, auch in diesem Semester energisch gegen Studiengebühren eintreten. Am Mittwoch, dem 7. Juni findet eine bundesweite Demonstration statt, die an drei Standorten zugleich abgehalten wird. Neben Berlin und Stuttgart wird Köln einer dieser Standorte sein.**

Gründe für die Demo gibt es genug: SPD und Grüne, vor der Bundestagswahl mit markigen Sprüchen aufgetreten, verabschiedeten sich sukzessive von ihren Grundsatzbeschlüssen, die ein gebührenfreies Studium vorsehen. Union und FDP sympathisieren immer stärker mit Gebühren. Lediglich die PDS tritt nach wie vor entschlossen für eine umfassende Gebührenfreiheit ein und hat jetzt auch einen entsprechenden Antrag zur Änderung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) in den Bundestag eingebracht.

In immer mehr Bundesländern wird abkassiert: In Brandenburg sollen demnächst allen StudentInnen 100 Mark Semesterrückmeldegebühr abverlangt werden. Gebühren existieren bereits in Baden-Württemberg als "Langzeit"studiumsgebühren, in Bayern und Sachsen als Zweitstudiumsgebühren und in Berlin bzw. Niedersachsen als Rückmeldegebühr. Auch das neue nordrhein-westfälische Hochschulgesetz hat den Weg für Zweitstudiumsgebühren freigemacht. Deren konkrete Einführung dürfte vor der Landtagswahl noch niemand für opportun gehalten haben, aber es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, was nach dem 14. Mai passieren könnte.

Die WissenschaftsministerInnen aller Bundesländer, zusammengeschlossen in der Kultusministerkonferenz (KMK), diskutieren gerade ein sogenanntes "Studienkonten"-Modell, das allen StudentInnen lediglich ein gewisses Maß an gebührenfreien Semesterwochenstunden zur Verfügung stellen will und den Weg zum Abkassieren freimachen soll. Ob eine solche Regelung verabschiedet werden wird, ist offen: Vor allem die Wissenschaftsminister Claus von Trotha (CDU) und Thomas Oppermann (SPD) aus Baden-Württemberg und Niedersachsen würden lieber heute als morgen schon ab dem ersten Semester Gebühren verlangen.



Foto: Jutta Kahle

Dieser Entwicklung will das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren, in dem über 100 Organisationen, darunter zahllose StudentInnenvertretungen zusammengeschlossen sind, nicht tatenlos hinnehmen. Deshalb ergeht der Aufruf, am 7. Juni auf die Straße zu gehen. Die AL wird, wie schon bei der Unterschriftenaktion, ihren Teil dazu beitragen: Sie arbeitet im Kölner Demo-Vorbereitungskomitee mit, unter anderem zusammen mit VertreterInnen der ASten von PH, FH und Sporthochschule Köln, Uni Bonn und RWTH Aachen. Der AStA der Universität Köln, der von Unabhängigen, RCDS und LUST getragen wird, glänzt durch Abwesenheit. Er beteiligt sich statt dessen an den Vorbereitungen für eine landesweite Demonstration gegen das neue Hochschulgesetz für Nordrhein-Westfalen, die am 11. Mai in Düsseldorf stattfinden soll. Sie ist nicht nur als Konkurrenz zur geplanten Demonstration für ein gebührenfreies Studium zu verstehen. Angesichts des Wahltermins am 14. Mai ist sie Wahlkampfunterstützung für die CDU.

### AL aktiv gegen Studiengebühren

123 000 Unterschriften für ein gebührenfreies Studium konnte das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) Anfang Februar an Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn übergeben.

An über 110 Hochschulen wurde gesammelt, darunter auch an der Universität Köln. Insgesamt 3386 Menschen unterzeichneten hier, und den größten Anteil daran hatte die Alternative Liste: Die AL konnte dem ABS 1288 Unterschriften übergeben. Aktiv waren auch die Jusos mit 944 Unterschriften, wohingegen sich der AStA der Universität Köln mit lediglich 119 gesammelten Unterschriften kräftig blamierte.

Berichte, Bilder und alle Zahlen finden sich auf den Internetseiten des ABS: <[www.studis.de/abs](http://www.studis.de/abs)>

## Eine Chronik: Pannen des AstA

"Ich hab' euch das nicht geglaubt!" Ununterbrochen seit Amtsantritt des von Unabhängigen, LUST und RCDS getragenen AstA im letzten Jahr sieht sich die AL gezwungen, über eine endlose Kette von Pannen, Fehlverhalten und Ungeschicklichkeiten des maßgeblichen studentischen Vertretungsorgans zu berichten. Das eingangs dargestellte Zitat stammt von einer Besucherin der ersten Sitzung des StudentInnenparlamentes (SP) im Jahr 2000, die den Darlegungen der AL nicht recht hatte Glauben schenken wollen. Nach zwei Stunden SP war sie überzeugt.

Seitdem hat der AstA seiner Skandalchronik weitere Folgen hinzugefügt. Und seine Vergehen werden schlimmer: Unachtsamer Umgang mit studentischen Geldern und ein skandalöses Gerichtsverfahren lauten die Tatbestände. Gegen Ende der Vorlesungszeit im vergangenen Wintersemester wäre eigentlich ein Nachtrag zum bestehenden Haushaltsplan der StudentInnenschaft fällig gewesen. Kai Seifert, Finanzreferent der Unabhängigen im AstA, hat diesen Nachtragshaushalt nicht fristgerecht vorgelegt, obwohl die Fristen in der Haushalts- und Finanzordnung eindeutig festgelegt sind. Bereits zu diesem Zeitpunkt war es zu erheblichen Unregelmäßigkeiten seitens des AstA gekommen. So war zum Beispiel ein Haushaltstitel schon um mehr als das Doppelte überzogen worden. Aus Dummheit oder Angst vor kritischen Nachfragen legte Seifert den Vorschlag zum Haushaltsplan nicht fristgerecht vor.

Dass die AstA-Mehrheit aus Unabhängigen, LUST und RCDS den Nachtragshaushalt im SP dennoch verabschiedete, ist schlichtweg rechtswidrig. Die Fristversäumnis sei nicht so schlimm und mensch wolle den Haushaltsplan dennoch behandeln, lautete die Begründung. Die linke Opposition aus AL und Jusos verließ aus Protest den Saal.

AL und Jusos wandten sich an den Rektor der Universität, um einen derart rücksichtslosen Umgang mit studentischen Geldern zu unterbinden. Laut Hochschulgesetz hat er die Rechtsaufsicht über die Organe der StudentInnenschaft inne. Der Rektor kam zu folgendem Schluß: "Der Beschluß des Nachtragshaushaltes stellt somit einen Satzungsverstoß dar und ist somit rechtswidrig." Eine Ohrfeige für das unverschämte Finanzgebahren des AstA!

Vergangenes Wintersemester gab die AL die Service-Broschüre "Kompendium zu Fragen studentischer Lebenshaltung" heraus. Üblicherweise erstellt und finanziert der AstA ein solches Sozialinfo. Dazu war er offenbar nicht in der Lage gewesen, so daß die AL diese Lücke füllte. Dies nahm der AstA zum Anlaß, die AutorInnen wegen eines vermeintlichen Verstoßes gegen das Urheberrecht zu verklagen – mit Strafandrohungen bis zu 500 000 Mark. Seine Anwälte finanziert der AstA übrigens aus studentischen Geldern.

# Soziale Eiszeit im AstA

## Weniger Beratung und Service

Seit der Abwahl des letzten linken AstA im Sommersemester 1999 bemüht sich der neue AstA, dem allgemeinen Sozialabbau in der Bundesrepublik auch auf Hochschulebene nachzueifern. Die zahlreichen Veranstaltungen, die in den Vorjahren zur Tradition des Sozialreferates gehört hatten, brachen mit der Amtsübernahme durch den AstA, der von Unabhängigen, RCDS und LUST getragen wird, jäh ab.

Die Schuldigen für dieses Versagen waren zunächst nicht auszumachen. Wie im gesamten AstA gaben sich auch im Sozialreferat die ReferentInnen die Klinke in die Hand. Auf die Sozialreferentin Birgit Clären folgte Lisa Zimmermann. Nun stellte sich zwar Kontinuität in der Besetzung des Referates ein. Die Anfangsschwierigkeiten sind nach nunmehr fast einjähriger Amtszeit aber offensichtlich noch nicht überwunden.

Zunächst einmal bleibt zu konstatieren, dass seit Mitte letzten Jahres nach dem Fortgang der AusländerInnenberaterin Dorothee Starck deren Stelle nicht wieder besetzt worden ist. Dies führt zu der nicht zu verantwortenden Situation, dass lediglich an einem Tag in der Woche eine Beratung für ausländische StudentInnen angeboten wird und eine weibliche Ansprechpartnerin nicht mehr zur Verfügung steht, obwohl der Bedarf vorhanden war und ist. Es fragt sich, wofür der AstA die durch diese Einsparung freiwerdenden Mittel verwendet hat.

Des weiteren wurde am 31. März 2000 – ohne Einhaltung jeglicher Frist und ohne Begründung – der langjährige Betreuer der Klagen gegen das BANKföG, André Moeller, entlassen. Die Fortführung der Klage ist damit gefährdet, doch scheint sich der AstA für die damit verbundenen Einzelschicksale von betroffenen StudentInnen wenig zu interessieren.

Nachdem der AstA sich mehrere Monate nicht in der Lage gesehen hatte, ein Sozialinfo herauszugeben, veröffentlichte die Alternative Liste im November 1999 das "Kompendium zu Fragen studentischer Lebenshaltung". Die einzige Amtshandlung, die auf die Existenz eines Sozialreferates im AstA hinwies, war ein Brief, den Lisa Zimmermann und der AstA-Vorsitzende Oliver Ullrich der Redaktion der AL-Sozialinformationsbroschüre "Kompendium zu Fragen studentischer Lebenshaltung", André Moeller und Mireilla Häuser, anwaltlich zustellen ließen.

In dem Schreiben der AstA-Anwälte wurde aus unerfindlichen Gründen und zu Unrecht behauptet, der AstA besäße die Urheberrechte an den von der Alternativen Liste publizierten Texten. Auf diesen Brief folgte am 30. März 2000 eine Klage vor dem Landgericht Köln, mit der den beiden Mitgliedern der Alternativen Liste Strafen von bis zu 500 000 Mark bzw. ersatzweise Freiheitsstrafen bis zu sechs Monaten angedroht werden.

Ein halbes Jahr später als die Alternativen Liste war schließlich auch der AstA soweit, ein "Sozialinfo" herauszubringen: Das am 10. April 2000 erschienene Heft ist allerdings nichts weiter als ein lauwarmer Aufguss eines Teils der Texte, die von André Moeller und Britt Schülke im Jahr 1998 unter dem gleichen Titel veröffentlicht worden waren.

Abgesehen davon, dass der AstA nunmehr seit Oktober 1999 das Erscheinen dieser schmalen Broschüre angekündigt bzw. seit November 1999 gar behauptet hatte, sie sei bereits veröffentlicht,

### Die AstA-Kahlschlagpolitik:

#### AusländerInnenberatung:

Eine der beiden Stellen nicht wiederbesetzt

#### BANKföG:

Klagebetreuer entlassen – Zukunft der Klage: ungewiss

#### Sozialinfo:

Erst nicht erschienen, statt dessen AL verklagt. Dann Kurzversion erschienen

#### Informationsveranstaltungen:

Zusammengestrichen

ist es erstaunlich, dass die Publikation zum Thema BAFöG schweigt.

Der Text von 1998 wurde nur marginal verändert. Hauptsächlich wurden die geschlechtsneutralen Formulierungen durch die jeweils männlichen Formen ersetzt. Nach der – offensichtlich computergestützten – Ersetzung von "StudentInnen" durch "Studierende" wäre ein Korrekturgang zwecks Anpassung der Grammatik vielleicht hilfreich gewesen.

Es bleibt zu bedauern, dass der AstA sich für BAFöG nicht zu interessieren scheint und statt dessen seine Energien darauf verwendet, Passagen aus der Textfassung von André Moeller und Britt Schülke zu tilgen, die sich mit Problemen der Ein-Eltern-Familie bzw. der Benachteiligung ausländischer StudentInnen gegenüber ihren deutschen KommilitonInnen z. B. beim Jobben befassen. Unser Urteil: Unpolitisch und überflüssig!

Markus Struben

# EXPO – No!

## Demo gegen die Weltausstellung

Nach zahlreichen Finanzskandalen und dem Einsatz von ca. 4 Milliarden Mark an öffentlichen Mitteln soll am 1. Juni 2000 in Hannover die "erste Weltausstellung auf deutschem Boden" eröffnet werden. Bis zum Ende der EXPO 2000 am 31. Oktober werden 40 Millionen BesucherInnen erwartet. Rund 200 Regierungen und Großkonzerne, darunter DaimlerChrysler, Preussag und Siemens, wollen in dieser Zeit unter Aufwendung der modernsten und teuersten Multimedia-Präsentationstechniken in sogenannten "Themenparks" für ihr Bild von der Zukunft werben.

Dazu gehört auch das Modell einer privaten Eliteuniversität mit handverlesenen Studentinnen, mit Studiengebühren und mit von WirtschaftsvertreterInnen bestimmten Studieninhalten, die während der EXPO einen hunderttägigen "Probelauf" durchführen wird. Eine studentische Vertretung ist gar nicht erst vorgesehen. Diese "Internationale Frauenuniversität" (IFU) steht unter der Schirmherrschaft von Bulmahn und Süßmuth und soll in ihren Inhalten dafür werben, daß die sozialen Probleme der Zukunft durch technische Mittel lösbar seien.

### Feindbild Mensch

Die EXPO soll BesucherInnen einen ökotechnokratischen Ausblick auf eine Welt zeigen, in der durch immer neue umweltzerstörerische Technologien und durch den ungehemmten Einsatz der "Lösungskompetenz von Unternehmen" die so genannten globalen Menschheitsprobleme gelöst werden. Rohstoffverknappung, Umweltzerstörung, Hunger und Armut sind für die EXPO-GmbH natürlich nicht Folgen von ökonomischen Abhängigkeitsverhältnissen und sozialer Ungleichheit. Vielmehr seien sie auf individuelle, psychische Ursachen zurückzuführen: auf das Fortpflanzungsverhalten und die angebliche Technikfeindlichkeit der Menschen.

Hauptübel sei die angebliche "Bevölkerungsexplosion". Den EXPO-MacherInnen leben noch immer zu viele, verelendete, ausgeraubte und vertriebene Menschen auf der Erde. Durch die Anwendung von bevölkerungspolitischen und technischen Maßnahmen soll der Zugriff auf Frauen weltweit gesichert werden. Für die "Dritte Welt" beinhalten ihre Zukunftsvisionen Zwangssterilisation und -abtreibung als Mittel der "Geburtenkontrolle", damit zukünftige unnütze EsserInnen gar nicht erst in die Welt gesetzt werden. Für die Metropolen werben die EXPO-Themenparks u.a. für Eugenik, vorgeburtliche Selektion und humangenetische Reihenuntersuchungen.

Um die unterschiedliche Wertigkeit der Menschen aus Metropolen, Schwellenländern und Peripherie zu veranschaulichen, werden in dem entsprechenden Themenpark in rassistischer Analogiebildung große Käfige voller Kanarienvögel in unterschiedlichen Farben ausgestellt. "Natürlich" sind die Vogelkäfige der "unterentwickelten" Gebiete extrem überfüllt. Die Holzhammer-

Pädagogik legt den einzigen Schluß nahe: Unkontrollierte Vermehrung unterbinden!

Der Themenpark "Zukunft der Arbeit" wurde vom Eliteinstitut MIT (Cambridge), der Gesellschaft für Arbeitswissenschaft in der Universität Hannover und der AnthroposophInnen-Uni Witten-Herdecke konzipiert. Er plädiert für eine vollständige "Öffnung" von Tarifklauseln in Arbeitszeit und -vergütung. Damit die Ausgebeuteten nicht "vereinsamen", seien "Gilden" statt Gewerkschaften zu schaffen.

Die Unternehmen der Zukunft sollen nur noch aus wenigen lohnabhängigen Festangestellten bestehen. Nach der Methode *hire and fire* soll der Rest gegeneinander um befristete Honoraraufträge konkurrieren, ohne soziale Absicherungen leben und zum ständigen Pendeln zwischen Phasen von Erwerbsarbeitslosigkeit und Überausbeutung gezwungen werden. Leider seien die "deutschen Studenten nicht heiß darauf, eine eigene Firma zu gründen" (Presseerklärung vom 1. November 1999). Die EXPO soll Abhilfe schaffen und wird ein "Welttheater der Arbeit" aufführen, in dem in szenischen Darstellungen und Live-Darbietungen gezeigt werden soll, wie "Arbeit 2000" aussehen wird.

### Gentechnik und Atomenergie

Gentechnik – so die bekannte Fabel von Pharma- und Chemiefirmen, Regierungen, WissenschaftlerInnen und Gewerkschaftsspitzen – soll den Welt Hunger besiegen und die Bevölkerung reduzieren helfen. Atomkraftwerke werden als Lösung für Energieversorgung und Klimakatastrophe propagiert. Der menschenverachtende und umweltzerstörerische Charakter dieser Technologien wird verschwiegen.

### Selbstdarstellung Deutschlands

Die auf der EXPO ausgestellte Hochtechnologie wird für militärische und repressive Zwecke genutzt. Autoritäre oder kriegführende Staaten wie Mexiko, die USA oder die Türkei erhalten anlässlich von "Nationentagen" Gelegenheit zur Selbstdarstellung – die BRD feiert ihren am 3. Oktober. Ein Jahr nach der Beteiligung am Angriffskrieg gegen Jugoslawien will die BRD "zeigen, wie wir sind – weltoffen, mit gelebter Menschlichkeit, mit der Fähigkeit zur internationalen Solidarität" (Kohl 1997). "Deutschland kann mit der EXPO (...) beweisen, daß es aus dem Schatten dieses Jahrhunderts mit zwei Weltkriegen herausgetreten ist", so die Generalkommissarin Birgit Breuel 1996.

Während der Zeit der EXPO soll den Gästen mit Unterstützung von Polizei aus ganz Europa eine von BettlerInnen, Armen und Behinderten gesäuberte Metropole präsentiert werden. Der Bundesgrenzschutz sperrt die kameraüberwachte Innenstadt ab. Die Vorbeugehaft wurde von maximal 48 Stunden um vier Stunden ausgedehnt. Mit Beginn der EXPO wird ein zusätzlicher Knast ein-

gerichtet – mit der Begründung, dass insbesondere durch "ausländische Täterinnen und Täter" die Kriminalitätsrate steigen würde. Ab 2001 wird das EXPO-Gefängnis als Abschiebeknast genutzt.

### EXPO angreifen!

Nach dem EU- und Weltwirtschaftsgipfel im Sommer letzten Jahres in Köln ist die EXPO 2000 eine neue "Propagandaveranstaltung der herrschenden Weltordnung" so die Einschätzung der Anti-EXPO-AG im AStA Uni Hannover. Darum soll es auch gegen dieses Ereignis Proteste geben. Allerdings wird der Widerstand kaum die Qualität der Aktionen während der Gipfel erreichen. Viele Umweltschutzorganisationen wurden von der EXPO eingekauft und tragen die Ausstellung mit. Andere kritische Gruppen beschränken sich darauf, "bunte Tupfer" gegen die EXPO anzubringen und Protesthappenings vorzubereiten.

Die einzige nennenswerte Aktion wird voraussichtlich die bundesweit vorbereitete, zentrale Blockade der Eröffnung der EXPO am 1. Juni 2000 in Hannover sein (Beginn 9 Uhr, ICE-Messebahnhof). Geplant sind darüberhinaus eine regionale Demonstration in Hannover am 27. Mai und eine Frauen- und Lesbenuniversität der Hannoveraner ASten vom 1. bis 30. Juni. Weitere Informationen sind über den Projektbereich Antifaschismus der Alternativen Liste zu erhalten.

Dieter Asselhoven

## AL-Plenum:

Dienstags,  
20 Uhr,  
Büro der Uni-FSK  
Universitätsstr. 16,  
1. Etage

### Impressum

Das AL-Info wird herausgegeben von der Alternativen Liste Uni Köln.

Redaktion: Dieter Asselhoven, Dirk Eckert (V.i.S.d.P.), Volker Elste, Raphaela Häuser, Patrick Hagen, Markus Struben

Layout: Dirk Eckert, Volker Elste, Patrick Hagen

#### Postadresse:

Alternative Liste Uni Köln  
c/o AStA PH Köln  
Gronewaldstr. 2  
50931 Köln

#### Hotline:

0177-2006344 (Dieter)

#### Email:

ars10@uni-koeln.de

#### AL im Web:

www.uni-koeln.de/studenten/al

## Besuch des Expertenrates

# Protest gegen Stellenstreichung

Unter dem Motto "Widerstand gegen die Bildungsdeform!" wollen mehrere Fachschaften und Hochschulgruppen am 27. April den Expertenrat des Wissenschaftsministeriums an der Kölner Universität empfangen. Der Besuch des Expertenrats ist Teil eines landesweiten Stellenstreichungsprogramms. An den Hochschulen von Nordrhein-Westfalen sollen 2000 Stellen eingespart werden; im Gegenzug sollen Sachmittel im Gegenwert von 1000 Stellen bereit gestellt werden, wie das Sparprogramm der Landesregierung mit dem Namen "Qualitätspakt" vorsieht. Allein an der Universität Köln sollen 146 Stellen gestrichen werden.

Welche Stellen wegfallen, durften die Hochschulen selber vorschlagen. Die entsprechenden Strukturpläne hat der Senat der Universität Köln bereits Ende 1999 verabschiedet. Bei der Abstimmung im Senat enthielt sich der studentische Vertreter der Unabhängigen. Einzig Dieter Asselhoven von der Liste der Fachschaften stimmte dagegen. Der Expertenrat, besetzt mit ProfessorInnen und WirtschaftsvertreterInnen eingesetzt vom Ministerium, besucht nun die Hochschulen von Nordrhein-Westfalen und prüft, ob die Kürzungsvorschläge den Vorgaben des Ministeriums entsprechen.

Florian Kappeler, Mitglied der Fachschaft Philosophie, kritisierte, bei dem Expertenrat handele es sich um ein demokratisch nicht legitimes Gremium. Er sieht in dem Besuch des Expertenrats vor allem ein Mittel, die Universitäten bezie-

hungsweise deren Gremien zu integrieren und den Widerstand gegen die Stellenstreichungen kleinzuhalten. Dazu fänden dann solche Besuche und Scheingespräche statt, bei denen die StudentInnen lediglich auf Fragen der "ExpertInnen" antworten dürften.

An der Universität Köln wurde ein studentischer Arbeitskreis gegründet, um Proteste gegen den Besuch des Expertenrats zu organisieren. Für den 27. April ist ab 16 Uhr eine Kundgebung auf dem Albertus-Magnus-Platz angesetzt, gegen 17 Uhr tagt der Expertenrat im Hauptgebäude. Im Qualitätspakt sehen die StudentInnen einen "neuerlichen bildungspolitischen Kahlschlag" und "eine weitere Maßnahme im Rahmen der kapitalistischen Modernisierung der Gesellschaft unter Rot-Grün". Durch "sichtbaren Widerstand" soll der Qualitätspakt verhindert werden. Anders der AStA der Universität Köln: Er setzt auf Gespräche mit dem Expertenrat und versuchte im Vorfeld vergeblich, die geplanten Protestaktionen zu sabotieren.

Bisher gab es in Köln nur wenig sichtbare Proteste gegen die Stellenstreichungen. Eine Ausnahme war eine Demonstration im letzten Sommer, als rund hundert StudentInnen die Mitglieder der Engeren Fakultät der Philosophischen Fakultät mit Trillerpfeifen empfingen. Weiter gingen die StudentInnen an der Fachhochschule Köln: Als der Expertenrat zu Besuch kam, wurde das Rektorat besetzt.

Dirk Eckert

## White Noise

### Begleitmusik zu Mord und Totschlag

Jedes Jahr werden hunderttausende CDs neonazistischer Bands über und unter den Ladentischen verkauft. Konzerte dieser Bands finden bis zu 2000 Zuhörer, selten Zuhörerinnen. Für neonazistische Organisationen und Parteien ist White Noise Einnahmequelle und Propaganda zugleich.

White Noise, die Musik der Neonazis, ist nicht allein der "kulturelle Ausdruck" einer neonazistischen Bewegung und Identifikationsstifter zur Bindung an neonazistische Ideologie. Sie ist zugleich Geschäft mit Millionengewinnen und rassistische Hetze in brutalster Form. White Noise-Musikgruppen und Vertriebe arbeiten international zusammen gegen Einfuhr- und Verkaufsverbote indizierter Musik.

Das in der Reihe *Antifaschistischer Texte* des Unrast-Verlags neu erschienene Buch "White

Noise" beschreibt Bands und Musiknetzwerke der militanten Neonazis in verschiedenen europäischen Ländern und in den Vereinigten Staaten – vor allem die in den letzten Jahren erstarkte "Blood&Honour"-Struktur. Die AutorInnen erläutern, wie sich neonazistische Organisationen und Parteien der Musik bedienen, um neue Mitglieder zu werben und eine ganze jugendliche Subkultur in das Netzwerk ihrer Aktivitäten zu integrieren.

Die Antifa Köln informiert in Zusammenarbeit mit dem Antifaschismusreferat des PH-AStA, der Alternativen Liste und den JungdemokratInnen Köln unter dem Obertitel "Weg mit dem rechten Sound-Dreck" theoretisch und praktisch über Ästhetik, Wirkungsweise und Einfluss der Nazi-Musik.

Dieter Asselhoven

## Termine:

Mittwoch, den 26.4., 20 Uhr in Hörsaal II  
Öffentliche Sitzung des StudentInnenparlaments

Donnerstag, den 27.4., 16 Uhr auf dem Albertus-Magnus-Platz  
Kundgebung und Aktion gegen den Besuch des "Expertenrats" an der Uni Köln

Montag, den 1.5.

1.-Mai-Demonstrationen u.a. in Wuppertal und Berlin eventuell NPD-Aufmarsch und antifaschistische Gegenaktion

Dienstag, den 2.5., 14 Uhr an der Uni Dortmund  
Landes-ASten-Treffen NRW

Mittwoch, den 3.5., 14 Uhr in Raum 18 (PH)  
Anhörung zu Kurzstudiengängen und Bachelor-Konzept

Donnerstag, den 4.5., 19 Uhr im Bürgerzentrum Alte Feuerwache (BAF), Melchiorstr. 3  
Veranstaltung zur Kritik an der Bioethik-Werbeausstellung "Körperwelten"

Mittwoch, den 10.5., 12 Uhr in H1 (AfH)  
Video und Infoveranstaltung zur EXPO

Mittwoch, den 10.5., 19 Uhr im Bürgerzentrum Stollwerck, Dreikönigenstr. 23  
"Die Grünen: autoritär, unsozial, Kriegs- und Atompartei" – Lesung und Diskussion mit Jutta Ditzfurth

### Veranstaltungsreihe "Weg mit dem rechten Sound-Dreck"

Donnerstag, den 27.4., 20 Uhr im Bürgerzentrum Alte Feuerwache (BAF), Projektraum  
Diavortrag über "White Noise"

Mittwoch, den 3.5., 19.30 Uhr im BAF  
Infoveranstaltung über "White Noise" in Skandinavien

Freitag, den 5.5., 20 Uhr in der MütZe, Berliner Str. 77  
Konzert mit Fermin Muguruzas Dub Manifest

## AL-Web-Tipps:

[www.antimilitarismus.de](http://www.antimilitarismus.de)  
– Die Web-Site zu Krieg und Frieden, Ökonomie und Politik

[www.bilpol.de](http://www.bilpol.de)  
– Eine bildungspolitische Linksammlung